

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition:  
Berlin,  
Alte Jakobstraße Nr. 67.

**Abonnements-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12½ Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. subb., fl. 1. 10. Sbr.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreigepaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bower, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

## Politischer Theil.

### Rundschau.

Berlin, 13. September.

Die diplomatischen Unterhandlungen, welche noch zwischen Preußen und einigen Regierungen Deutschlands in der Schwede sind, haben nach der „Prov.-Corresp.“ mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Mit Sachsen ist noch immer kein Abschluß erlangt. Die Unterhandlungen mit Meiningen, welche Preußen wegen Unwillfährigkeit des Herzogs abbrechen mußte, sind aus dem Stillstande nicht herausgetreten. Doch darf es zu einigem Troste gereichen, daß mit Neuz ß. L. eine Verständigung näher gerückt erscheint. Die Fürstin Regentin Caroline hat sich dazu herbeigelassen, Bevollmächtigte nach Berlin zu senden, die über den Anschluß des Fürstenthums Neuz-Weiz an den norddeutschen Bundesstaat unterhandeln sollen, was beflagtem Bundesstaat sehr wohl thun wird. — Der pariser „Etendart“ theilt mit, daß der Kurfürst von Hessen Unterhandlungen mit Preußen über seine Verzichtleistung auf die kurhessische Souveränität hat eintreten lassen. Er soll Herausgabe seines Hausvermögens und eine Entschädigung verlangen, die man preussischerseits nicht abgeneigt wäre, ihm zu bewilligen. Der „Etendart“ ist ein sehr braves officiöses Blatt und da ein recht beträchtlicher Theil der wichtigsten deutschen Angelegenheiten über Paris nach Deutschland befördert wird, so möchte dieser Nachricht vielleicht Glauben beizumessen sein. Um so mehr als auch anderweit berichtet wird, daß der Kurfürst von Hessen, der König von Hannover, der Herzog von Nassau und der König von Sachsen ihren Aufenthalt in Oesterreich nehmen werden, wo sie theils große Besitzungen haben, theils solche zu kaufen im Begriff sind; eine herrliche Tafelrunde, die uns lebhaft an das Wahl jener depossedirten (abgesetzten) Fürsten erinnert, deren zufälliges Zusammentreffen in dem Gasthause einer Stadt Italiens Voltaire in seinem „Candide“ so anmuthig schildert. Nur der Erbprinz von Augustenburg verschmäht es vorläufig noch, dieser Tafelrunde beizutreten. Es wird vielmehr versichert, daß Serenissimus im Laufe der letzten Woche sich herablassend erboten hat, als Herzog von Schleswig-Holstein in den norddeutschen Bund zu treten. — Der Generalgouverneur von Hannover, Herr v. Voigts-Rheg, hat unter Hinweis auf den noch fortbestehenden Kriegszustand bekannt gemacht, daß für jede durch Creese entstehende Beschädigung von Staats- und Privateigenthum die betreffende Gemeinde haften soll, falls der Schuldige nicht auszumitteln ist. — Der König von Holland hat, wie bestimmt behauptet wird, in Paris bereits vermittelnden Beistand in Bezug auf Luxemburg nachgesucht und denselben auch erhalten. Jedoch beabsichtigt Frankreich auch bei diesem An-

lasse nicht über eine rein diplomatische Aktion hinauszugehen und es wird selbst diese mit großer Vorsicht und Reserve zur Anwendung bringen. Man scheint in Paris von dem Grundsätze auszugehen, daß der norddeutsche Bund nicht als Rechtsnachfolger des alten Frankfurter Bundes anzusehen ist. Daß Preußen das Besatzungsrecht aufhebe, scheint nicht zu erwarten zu sein, obwohl es dadurch nicht nur die französische Regierung, sondern auch die öffentliche Meinung in Frankreich gegen sich einnehmen würde. — Dem gesetzgebenden Körper Frankfurts, wie der ständigen Bürgerrepräsentation ist von der preussischen Regierung zugestanden worden, ihre kommunale Thätigkeit wieder in regelmäßiger Weise aufzunehmen, jedoch mit der verpflichtenden Erklärung, daß sie sich jeglicher Ausübung von Souveränitätsrechten zu enthalten haben. — In Aussen (Steiermark) hat eine Zusammenkunft Abgeordneter aus den deutsch-österreichischen Landtagen stattgefunden, um über die Mittel und Wege zu beraten, welche zur Behauptung der Stellung der Deutsch-Oesterreicher und Erhaltung des Zusammenhanges mit Deutschland einzuschlagen seien. Es wurde anerkannt: Die Bildung einer geschlossenen deutschen Partei sei notwendig. Der Dualismus (Zweitheilung) des Reiches, begrenzt durch Anerkennung und gemeinsame parlamentarische Behandlung wirklich gemeinsamer Angelegenheiten, sei die einzige Form zur Erreichung eines freiheitlichen Lebens, doch sei daneben auch eine legale Gesamtvertretung der diesseits der Leitha gelegenen Länder geboten.

In Amsterdam hat die Börse ihre Geschäfte unterbrechen müssen, weil Volkskassen in dieselbe eingedrungen sind. Die Unruhen sind daher entstanden, daß die Gemeindebehörde wegen der Cholera die Kirmeesse unterjagt hat. Die Amsterdamer Kirmeesse ist ein großer, mehrere Wochen lang andauernder Carneval.

Die Ankunft des Herrn v. Moustier in Paris wird noch durch eine wichtige Angelegenheit in Constantinopel verzögert. Es handelt sich um ein vom Marquis de Moustier vorgelegtes Project, die meist von Christen bewohnten Provinzen der Türkei Epirus, Thessalien, Candia u. s. w. zu einem Fürstenthum zu vereinigen, an dessen Spitze ein christlicher Prinz unter der Souveränität der Pforte nach dem Vorbilde des rumänischen Hospodarats stehen würde. Auch England scheint diesem Plane sehr geneigt und dem Auftauchen desselben ist es zuzuschreiben, daß die türkische Regierung ihrem Kommissar Mustapha Pascha so wohlwollende Instructionen in Bezug auf die Behandlung der landwirthschaftlichen Insurgenten ertheilt hat. — „Epoque“ kann nicht umhin, den liberalen preussischen Abgeordneten für die Offenherzigkeit zu danken, mit welcher dieselben in dem Kommissionsbericht über die Annektionen ihre Theorien entwickelt hätten. „Wir zweifeln nicht daran,“ fügt die „Epoque“ schließlich hinzu, daß wir eines Tages ihnen werden

zeigen können, daß ihre Belehrung uns genügt hat, und daß die Bewohner der Rheinprovinzen (bei ihrer Annerion an Frankreich nämlich) eben so wenig zu Rath gezogen zu werden brauchen, wie die Bewohner von Hannover oder Nassau.“ Oho!

Nach Berichten aus Italien, soll die Volksabstimmung in Venetien Mitte dieses Monats stattfinden. — Aus Sicilien lauten die Nachrichten über den Stand der öffentlichen Sicherheit sehr ungünstig. Man wirft den dortigen Regierungsbehörden Schwäche und Unfähigkeit vor. Auch in Calabrien hat das Brigantenwesen sehr zugenommen.

In England hat die Reformliga während des ersten Jahres ihres Bestehens in den 20 hauptstädtischen und circa 50 provinziellen Abzweigungen 600 Meetings veranstaltet und über 100,000 Exemplare von Adressen, Zirkularen und anderen Veröffentlichungen vertheilt.

Aus Amerika wird gemeldet, daß nun auch Abgeordnete zu einer radicalen Convention in Philadelphia eintreffen. Auf einer bereits stattgefundenen Zusammenkunft derselben wurden Reden gegen den Präsidenten gehalten. Von Wendell Phillips wird derselbe im „Anti-Slavery Standard“ aufs Heftigste angegriffen und der Kongreß aufgefordert, „den meinedigen Usurpator und Verräther“ abzusetzen. Auch General Butler griff ihn auf einem Meeting der Radikalen zu Gloucester heftig an und bemerkte u. A.: Wenn der Norden nicht standhaft zum Kongreß hielte, würde man bald die Arbeit der letzten vier Jahre von Neuem zu beginnen haben.

## Deutschland.

Berlin, 13. Septbr. [Abgeordnetenhaus.] In der 16. Sitzung am 11. September stand die Berathung über das Wahlgesez für den Reichstag des norddeutschen Bundes auf der Tagesordnung.

Referent Twessen: Man hat viel gegen das Recht der Eroberung gesprochen, aber das ethische Princip, welches dieses Recht in der Neuzeit sanctionirt, ist die Geltendmachung des nationalen Bedürfnisses. Hier ist nicht das Recht der Legitimität, nicht das Recht der Volkssouveränität anwendbar. Man kann nicht jeder einzelnen Stadt ihr Selbstbestimmungsrecht zusprechen, wo es sich um Geltendmachung der Bedürfnisse der Nation handelt; man muß gegen die Territorien dasselbe Recht geltend machen, wie gegen die Fürsten; sie müssen sich dem Bedürfnis des Ganzen unterordnen. Ein Wahlgesez kann nur durch thatsächliche Gewalt, welche jetzt von Preußen gehandhabt wird, eingeführt werden. Ueber die Ausdehnung des Bundesstaates sei auch viel gesprochen worden; man habe die Zusammensetzung von ganz Deutschland verlangt, aber man müsse hier noch Erwägung aller Umstände fassen, daß jetzt der Theil besser sei, als das Ganze. Allerdings würde man es für ein nationales Unglück halten müssen, wenn die Theilung zwischen Nord- und Süddeutschland von Dauer sein würde, aber die Zeit sei wohl nicht mehr fern, wo diese Trennung schwinden werde. Bis zu diesem Zeitpunkt aber

